Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,800.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 286. Sonnabend den 13. October 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 14. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Michaelismesse** endigt mit dem **13. October.**

An diesem Tage sind die Buden und Stände auf den **Plätzen der inneren Stadt** bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des 14. October zu entfernen.

Die auf dem **Augustusplatze** und auf den **öffentlichen Wegen** und **Plätzen** der **Vorstadt** befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 13. October zu räumen und in der Zeit vom 15. bis 18. October, jedoch lediglich während der Tagesstunden, von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, abzubrechen und wegzuschaffen.

Vor dem 15. October darf mit dem Abbruche der Buden und Stände auf dem Augustusplatze nicht begonnen werden.

Dagegen ist es gestattet, Buden und Stände auf dem Roßplatze, welche vor Beendigung der Messe leer werden, früher, jedoch nicht am Sonntag den 14. October abzubrechen und wegzuschaffen, dafern nicht dadurch Störung des Verkehrs oder Benachtheiligung des Geschäfts in den stehen bleibenden Buden herbeigeführt wird.

Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schaubuden auf dem Roßplatze und Königsplatze, sowie diejenigen Stände daselbst, **an welchen nur Lebensmittel feilgeboten werden,** noch am 14. October geöffnet zu halten.

Die Schaubuden, sofern sie auf Schwellen errichtet, ingleichen die Carroussels und Zelte sind bis Abends 10 Uhr des 16. October, diejenigen Buden aber, rücksichtlich deren das Eingraben von Säulen und Streben gestattet und eine längere Frist zum Abbruch nicht ertheilt worden ist, bis längstens den 20. October Abends 8 Uhr abzubrechen und von den Plätzen zu entfernen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für deren Befolgung beziehentlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Uebrigens haben Säumige auch die Obrigkeitswegen zu verfügende Beseitigung der Buden ꝛc. zu gewärtigen.

Leipzig, am 2. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 und der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 11. October desselben Jahres werden, aus Anlaß der Aufstellung des Einkommensteuer-Catasters für das Jahr 1884, die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter hiermit aufgefordert:

die ihnen behändigten Haushaltungsformulare, **nach Maßgabe der darauf abgedruckten Bestimmungen ausgefüllt, binnen 8 Tagen von deren Behändigung ab gerechnet und bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark,** die bei Verabsäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird,

im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, 3. Etage, entweder **persönlich oder durch Personen, welche** zur Beseitigung etwaiger Mängel **sichere Auskunft zu ertheilen vermögen,** abzugeben.

Hierbei wird auf §. 35 des allegirten Gesetzes, **nach welchem sowohl der Besitzer eines Hausgrundstücks für die Steuerbeträge, welche in Folge von ihm verschuldeter unrichtiger oder unvollständiger Angaben dem Staate entgehen, haftet, wie auch jedes Familienhaupt für die richtige Angabe aller zu seinem Hausstande gehörigen, ein eigenes Einkommen habenden Personen, einschließlich der Aftermiether und Schlafstellenmiether, verantwortlich ist** und auch darauf besonders hingewiesen, daß die auf der letzten Seite der Haushaltsformulare befindliche Bescheinigung von dem Hausbesitzer, bez. dessen Stellvertreter **unterschriftlich zu vollziehen ist.**

Falls Hausbesitzer oder deren Stellvertreter keine Haushaltsformulare oder solche nur in unzureichender Zahl erhalten haben, so können dergleichen auf Verlangen an obengenannter Expeditionsstelle in Empfang genommen werden.

Leipzig, am 12. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Göhlitz.

Wegen Reinigung der Räume bleibt unsere Schulgelder-Einnahme

Montag den 15. d. M.

für den dienstlichen Verkehr geschlossen.

Leipzig, am 11. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Costa-Rica.

Laut Gesetz vom 14. Juli 1883 haben Absender von Waaren nach der Republik Costa-Rica von jeder Factura 3 Exemplare bei dem Consul ihres Bezirks zur Beglaubigung einzureichen.

Jede Factura muß die Marke und Nummer eines jeden Colli, das Brutto-Gewicht und genaue Inhaltsangabe enthalten.

Nach dem 8. December a. c. werden Sendungen, bei welchen vorstehende Bestimmungen nicht beachtet sind, vom Zollamt in Costa-Rica nicht mehr zugelassen.

Alphonse Kalischer,
Consul der Republik Costa-Rica.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit.

Seit fast vier Monaten ruht die parlamentarische Arbeit im deutschen Reiche mit der Unterbrechung von einigen Tagen, während welcher der Reichstag den spanisch-deutschen Handelsvertrag berieth. Und während dieser ganzen Zeit sind wir nur ausnahmsweise in die Lage gekommen, uns mit den inneren deutschen Angelegenheiten zu befassen, soweit sie die eigentliche Aufgabe der Volksvertretung, die Gesetzgebungsarbeit, betreffen. Sollte das etwa darin seinen Grund haben, daß diese Arbeit jetzt vorläufig zum Abschluß gelangt wäre, daß dringende Aufgaben für die Gesetzgebung nicht zu bewältigen wären? Ein Blick auf unsere inneren Verhältnisse, welcher fast nur über neu Geschaffenes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens schweift, über Einrichtungen, in die wir uns erst einleben sollen, belehrt uns, daß noch unendlich viel zu thun übrig bleibt, um die entstandenen Lücken auszufüllen und um die gemachten Fehler zu verbessern, daß wir vielleicht noch Decennien bedürfen werden, um zu einem irgendwie befriedigenden Ergebniß zu kommen. Ganze Gebiete der Gesetzgebung harren überhaupt noch der Neugestaltung; vor Allem die Steuergesetzgebung, und die socialpolitische Gesetzgebung stellt uns gar vor eine Aufgabe, für deren Lösung erst die Vorbedingungen erfüllt werden sollen. Das also ist nicht der Grund, weshalb wir diesen nächstliegenden Aufgaben längere Zeit hindurch nicht die Aufmerksamkeit zugewendet haben, welche sie verdienen, die Ursache liegt vielmehr außerhalb der deutschen Reichsangelegenheiten. Die fortdauernden Beunruhigungen, durch welche unsere Nachbarn im Osten und Westen den Weltfrieden bedrohten, ließen uns nicht zu derjenigen Sammlung kommen, welche die Erfüllung unserer nächstliegenden Aufgaben nöthig macht, wir mußten stets darauf gefaßt sein, daß irgend ein Vorwand benutzt wurde, um den von uns so sorgfältig gehüteten Weltfrieden zu stören und alle unsere Kräfte zur Abwehr eines Angriffs in Anspruch nehmen würde. Wir wissen es aus den eigenen Zugeständniß der Franzosen, daß der Friede unter der Amtsführung des Kriegsministers Thibaudin bedroht war, und wenn auch die russischen halbamtlichen Blätter die friedlichen Absichten Rußlands noch so laut betonen, so beweisen die Thatsachen, welche im Königreich Polen und auf der Balkanhalbinsel ihre vernehmliche Stimme reden, daß diese Versicherungen falsch sind, daß wir von Rußland ebenso gewiß eines Friedensbruchs gewärtig sind wie von Seiten Frankreichs. Dieser Sachverhalt hat es auch mitbewirkt, daß die Enthüllung des Denkmals auf dem Niederwald die Wogen der patriotischen Begeisterung in so starke Bewegung setzte, es war nicht nur die Freude und Genugthuung über das Erreichte, was die ganze Nation durchdrang, sondern es war auch das Bewußtsein, daß die deutschen Stämme auch in Zukunft festen Aneinanderschlusses bedürfen, wenn sie die ihnen von allen Seiten drohenden Gefahren siegreich bewältigen wollen. Aber dieses Bewußtsein wurde gehoben durch die Ueberzeugung, daß die deutsche Einheit fortbestehen wird bis in die fernste Zukunft. Und doch hat einer der Hauptbegründer dieser Einheit, Fürst Bismarck, in seiner Antwort auf die Festadresse der Düsseldorfer den Wunsch ausgedrückt, daß sich die deutschen Stämme noch mehr wie bisher fest aneinander schließen mögen, damit die gemeinsamen Aufgaben des Reiches erfüllt werden können. Fürst Bismarck meint mit dieser Antwort sicherlich nicht, daß die deutsche Einheit nicht fest begründet sei, er scheint damit wohl lediglich die Uneinigkeit der Parteien gemeint zu haben, welche es verhindert hat, daß die Pläne des Fürsten für die innere Entwicklung des Reichs in vollem Umfange verwirklicht werden konnten.

Voraussichtlich wird auch in Zukunft diese Einigkeit für gewisse Lieblingsprojecte des Kanzlers, wie das Tabaksmonopol, nicht zu gewinnen sein, und auch die sonstigen Steuerprojecte werden auch ferner vielfach auf Hindernisse stoßen, aber darin wird sich der einmüthige Sinn aller deutschen Stämme auch in der Reichsvertretung unzweifelhaft bewähren, daß unsere vorzügliche Heeresorganisation unangetastet bleibt und daß auch stets die zur Erhaltung der Wehrkraft des deutschen Reichs nothwendigen Mittel bewilligt werden. Leider stehen auch für die nächste Reichstagssession wieder gesteigerte Anforderungen an die Steuerkraft des deutschen Volkes in Aussicht; die ganz bestimmte Mittheilung, daß der Hinterlader demnächst dem Mehrlader weichen muß, hat uns darauf vorbereitet, daß die Ausgaben für Militarzwecke aufs Neue eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Es liegen auch sonst noch Anzeichen vor, welche in dieser Beziehung besorgnißerregend sind, wie der Hinweis auf die ganz enorme Vermehrung der russischen Cavallerie, die Ausgaben für die Festungsbauten in Ostpreußen und endlich die Bedürfnisse für beschleunigte Mobilmachung der Flotte, Vermehrung der Schiffsmannschaften zur Ausfüllung des Bedarfs im Kriegsfalle. Diese Andeutungen enthalten so bedeutende Mehrforderungen, daß der Bundesrath in große Verlegenheit gerathen wird, auf welchem Wege die Mittel aufgebracht werden sollen.

Auch an der größeren Regsamkeit, welche sich im Parteileben zeigt, erkennt man das Herannahen der parlamentarischen Saison. Es haben inzwischen die Ergänzungswahlen zu den Landtagen in Sachsen und Baden stattgefunden. Während bei uns in Sachsen das Parteiverhältniß im Ganzen dasselbe geblieben ist, hat sich in Baden ein erfreuliches Erstarken der nationalliberalen Partei ergeben, dort ist durch die Wahlen vom 4. bis 6. October die Mehrheit für die nationalliberale Partei gesichert, selbst für den Fall, daß die Ultramontanen und Demokraten sich gegen sie verbünden. Es scheint überhaupt, als ob der Aufschwung der nationalen und liberalen Parteibestrebungen uns vom Süden her kommen sollte, denn auch in Marburg ist in der Person des Professors Westerkamp gegen den conservativen Candidaten v. Grimm ein Vertreter der nationalliberalen Partei aufgestellt worden, welcher alle Aussicht hat, gewählt zu werden. Wenn also auch die Fortschrittspartei durch ihr Auftreten bei der Stader und Elberfeld-Barmer Wahl selbst die Möglichkeit auf ein Zusammenwirken aller liberalen Wähler unmöglich gemacht hat und die Nationalliberalen fortan auf sich selbst gestellt sind, so ist damit noch keineswegs der Niedergang der liberalen Bestrebungen besiegelt, es will uns vielmehr scheinen, daß der fortschrittliche Sieg im 19. hannoverschen Wahlkreise ein Pyrrhussieg und zugleich eine so nachhaltige moralische Niederlage war, daß sich die Herren vom Fortschritt schwerlich davon bald wieder erholen werden. Die feste und würdige Art, in welcher Rudolf von Bennigsen die liberalen Grundsätze vor seinem Ausscheiden aus dem Parlament im deutschen Reichstag und preußischen Landtag vertreten hat, wird uns auch in Zukunft zur Richtschnur dienen und wenn wir diesem Vorbild folgen, so wird uns kein wahrhaft Liberaler mit Recht den Vorwurf machen können, daß wir die Grundrechte des deutschen Volkes, wie sie durch die Verfassung gewährleistet sind, preisgeben. Wir werden auch in Zukunft fest auf dem Boden der Reichsverfassung stehen, aber es zugleich weit von uns weisen, an Institutionen zu rütteln, welche, wie die Heeresorganisation, den Stolz und die festeste Stütze des deutschen Reiches bilden.

Leipzig, 13. October 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Donnerstag geschrieben: „Es ist ein Glück, daß der Termin zur Neuwahl der Stadtverordneten vor der Thür steht, denn die Agitation hatte ihren Höhepunct bereits überschritten, und da die Versammlungen immer leerer wurden, wurde zu den allerdrastischsten Mitteln gegriffen, um nur einigermaßen wieder das Interesse der Menge anzuregen. Nachdem der Geh. Rath Spinola von der „Norddeutschen", der „Kreuzzeitung" und dem „Deutschen Tageblatt" wiederholt als ein Fortschrittler denuncirt worden, hat sich der conservative Mann veranlaßt gefunden, wenigstens dem erstgenannten Blatte das Stenogramm seiner in der Stadtverordnetenversammlung über die Frage der Auflösung des Collegiums gehaltenen Rede zuzustellen. Jeder unbefangene Leser muß zugeben, daß sich Herr Spinola bei dieser Gelegenheit einer ebenso großen Offenheit wie Mäßigung befleißigt hat, aber das officiöse Organ zeigt hier wieder, daß es nicht fähig ist, unbefangen zu urtheilen, und verlangt ausdrücklich, daß Herr Spinola eine öffentliche Erklärung abgebe, daß er die Anschauung des liberalen Centralcomités nicht theile. Das ist eine Forderung, welche allerdings für einen Ehrenmann unerfüllbar ist. Denn das liberale Centralcomité hat sich darauf beschränkt, den actenmäßigen Nachweis zu führen, daß die bisherige Stadtverwaltung nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sondern weit darüber hinaus Vorzügliches geleistet hat, und das zu leugnen vermag Niemand, der nur einigermaßen von den Dingen Kenntniß hat, es sei denn, er wäre ein Freund der Unwahrheit oder von bösem Willen getrieben. Aber ganz wie in den Zeiten der schlimmsten Reaction vor dreißig Jahren, als die Stahl, Gerlach und Wagener die publicistischen Berather des Ministeriums Manteuffel bildeten und Herr v. Hinkeldey „Generalpolizeidirector" für das ganze Königreich Preußen war — eine Stellung, welche nur für diesen Mann geschaffen war und seitdem unbesetzt blieb — ganz eben so werden heute Beamte in den Zeitungen als „nicht-conservativ" denuncirt; zur Ehre unserer Zeit wollen wir jedoch hoffen, nicht mit dem gleichen Erfolge wie damals. Als ein conservativer Mann im guten Sinne dürfte Herr Spinola um so weniger in der Lage sein, den geforderten Widerruf zu leisten, als er aus innigster Ueberzeugung Punct für Punct der Ausführungen des liberalen Central-Comités als richtig anerkannt hat. — Betrübend wirkt es daneben, wenn man sieht, welchen Verunglimpfungen ein Ehrenmann heute ausgesetzt ist, wahrzunehmen, welche Männer von den Berliner Conservativen, von den Männern der „Bürgerpartei" gefeiert und auf den Schild erhoben werden. Herr Christoph Joseph Cremer, ein Agitator der schlimmsten Art, hat, nachdem er aus der Centrumspartei ausgeschlossen worden ist, das Geschäft eines Vereinsredners ergriffen. Er hat vor einigen Tagen den hundertsten Vortrag seit Neujahr, allein in Berlin, gehalten. Wenn man die Sonn- und Festtage berücksichtigt und erwägt, daß der geschätzte Herr zwei Monat auf Reisen war und in der übrigen Zeit auch auswärts so manche „Rede" gehalten hat, wird man diese Kraft zu würdigen wissen. Es macht nun einen recht erheiternden Eindruck, wie dieser Agitator vom hiesigen „Conservativen Central-Verein" für seine hundertste Rede gefeiert wurde. Herrn Cremer wurden große Lorbeerkränze überreicht, einer auf das Haupt gesetzt und einer um den Hals gelegt. Wir enthalten uns jeder Kritik, wie ja auch Herr Cremer sich diese Ovation keineswegs verbeten, sondern bescheiden dankend geduldet hat. Schade nur, daß die hundert Reden so wenig gewirkt haben, wir glauben nicht, daß Herr Cremer durch zehn seiner „Vorträge" auch nur einen Wähler gewinnt; die Aussichten für die Conservativen stehen in Berlin so schlecht, daß diese selbst bereits offen erklären, nicht mehr auf diese Wahl ihre Hoffnung zu setzen, sondern — auf die nächste. — Während übrigens in Berlin die Conservativen aller Schattirungen und die Ultramontanen in größter Einigkeit den Liberalen gegenüber stehen, zeigt es sich nicht nur in dem Geplänkel, daß die „Post" gegen die „Kreuzzeitung" und beide gegen die „Germania" führen, daß das clerikal-conservative Bündniß einen argen Riß bekommen hat — und in der bevorstehenden parlamentarischen Campagne dürfte das vor dem Lande seine Bestätigung finden. Interessant ist es übrigens, jetzt schon zu beobachten, wie die Hochconservativen zu ahnen scheinen, daß es mit ihrer Macht bald zu Ende ist und darum bemüht sind, ihre Herrschaft noch in letzter Stunde nach Kräften auszunutzen. Hierbei verschmähen sie es nicht, um die Gunst der Klerikalen zu buhlen, wenn es gilt, einen Freiconservativen zu bekämpfen. Augenblicklich bietet der westpreußische Wahlkreis Deutsch-Krone dafür einen Beleg, wo die Reactionairs den freiconservativen Landesdirector Dr. Wehr für so gefährlich halten, daß sie der „Germania" alle möglichen Zusagen zu machen bereit sind, um dessen Wahl zu verhindern. Uns kann es nur recht sein, wenn das Land wieder einmal erfährt, was es von unseren Hochtories zu erwarten hat, und welche Interessen es sind, die ihnen am höchsten stehen. Auf diese Weise führen die Herren unsere Geschäfte."

* Officiös wird geschrieben: „Wenngleich es außer Zweifel steht, daß die Reichsregierung nach wie vor eine erhebliche Vermehrung der Reichseinnahmen anstrebt, so sind doch die jetzt wieder auftauchenden Nachrichten über bestimmte große Steuervorlagen, die den Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigen sollen, mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wir glauben versichern zu können, daß in diesem Augenblicke keinerlei größere Vorlage dieser Art fertiggestellt, vielmehr noch wie vor daran festgehalten wird, erst die Bedürfnisse der Einzelstaaten, voran Preußens, genau feststellen zu lassen. Daß die preußische Regierung für die bevorstehende Session des Landtages eine Reihe von Vorlagen vorbereitet, welche bestimmt ist, dringenden Bedürfnissen und Uebelständen abzuhelfen, ist bekannt. Aus seinen directen Steuern kann Preußen jedoch die Mittel hierfür nicht gewinnen — die in Vorbereitung befindliche Reform der Einkommensteuer strebt ja weniger eine Vermehrung des Ertrages als vielmehr eine gerechtere Vertheilung dieser Steuer an — es ist daher gezwungen, auf die gewissermaßen dem Reiche in Verwahrung gegebenen indirecten Steuern zurückzugreifen. Insofern ist es ja klar, daß es schließlich in der Hand des Reichstages liegen wird, dem preußischen Staate die Mittel zur Deckung seiner Bedürfnisse zu gewähren. Es wird jedenfalls der Abschluß der Verhandlungen und die endgültige Feststellung des Umfanges der Bedürfnisse im preußischen Abgeordnetenhause abzuwarten sein, ehe die Reichsregierung mit einem diesbezüglichen Reichssteuerprojecte wird hervortreten können. Dagegen verlautet, daß dem Reichstage Vorlagen zugehen dürften, welche eine Verbesserung resp. Erhöhung einzelner Positionen des Zolltarifes bezwecken. Insbesondere soll der Versuch gemacht werden, den kunstgewerblichen Erzeugnissen vermehrten Schutz angedeihen zu lassen, vorausgesetzt, daß es gelingt, die großen praktischen Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, zu überwinden. Die Wiedereinbringung der in der letzten Reichstagssession abgelehnten Vorlagen, die Abänderungen des Zolltarifs betreffend, scheint jedoch für jetzt nicht ins Auge gefaßt zu sein."

* Zehn Jahre sind jetzt verflossen, seit Seine Majestät der Kaiser durch einen Allerhöchsten Erlaß anordnete, daß in allen preußischen Provinzen, in denen Bevölkerungen nicht deutscher Abstammung wohnen, durch die Schule dafür Sorge getragen werde, daß jedes heranwachsende Kind die deutsche Sprache erlerne. Die Folge dieses Erlasses war, daß in den Provinzen Preußen und Posen Ober-Präsidial-Verfügungen und in der Provinz Schlesien eine Verfügung der königlichen Regierung in Oppeln ergingen, durch welche vorgeschrieben wurde, auf welche Weise dem an Allerhöchster Stelle ausgesprochenen Befehle Rechnung getragen werden sollte. Die Wege, die von den drei Provinzialbehörden eingeschlagen worden sind, um das vorgeschriebene Ziel zu erreichen, waren zwar in vielen Stücken einander ähnlich, in einzelnen wesentlichen Puncten gingen sie jedoch auseinander. Allen drei Bestimmungen gemeinsam war die Anordnung, daß in allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme der Religion, die Unterrichtssprache die deutsche sein sollte und daß das Polnische nur so weit zu Hilfe genommen werden dürfte, als es zum Verständniß der Lehrgegenstände unerläßlich sei. Bezüglich des Unterrichts in der Religion wurde in Posen verfügt: den Kindern polnischer Zunge sei dieser Unterricht in der Muttersprache zu ertheilen. Wenn jedoch dieselben in der Kenntniß der deutschen Sprache so weit vorgeschritten seien, daß ein richtiges Verständniß auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden könne, so sei das Deutsche mit Genehmigung der Regierung auch in der Religion und im Kirchengesange auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen. Für die Provinz Preußen wurde bestimmt: In der Religion wird der Unterricht auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache derselben ertheilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache. Die Regierung in Oppeln verfügte endlich: Der Religionsunterricht wird auf der Unterstufe in der Muttersprache ertheilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen wird beim Religionsunterrichte ausschließlich die deutsche Sprache angewendet. Für den religiösen Memorirstoff wird die deutsche Sprache von Anfang an zu Hilfe genommen. Das „Posener Tageblatt" veröffentlicht nun einen aus sachkundiger Hand stammenden Artikel, in welchem die oben erwähnten Verfügungen einer eingehenden Besprechung unterworfen werden und untersucht wird, ob der bestimmt ausgesprochene Wunsch des Kaisers, daß die polnischen Kinder in der Schule die deutsche Sprache erlernen sollen, wirklich erfüllt worden ist. Das Resultat der Untersuchung wird am Schluß des betreffenden Artikels in folgende Sätze zusammengefaßt: „In allen Schulen, welche mehrclassig sind, und an denen eifrige Lehrer arbeiten, verlassen die Kinder, welche die Schule bis zu ihrem 14. Lebensjahre besucht haben, dieselbe mit vollständiger Kenntniß der deutschen Sprache. Ebenso ist es in einzelnen, nicht überfüllten Landschulen mit einem Lehrer gelungen, die Kinder so weit zu bringen, daß sie deutsch ausreichend sprechen können. In dem größten Theile der fast überall überfüllten Landschulen, in denen wegen Ueberfüllung 2, oft sogar 3 Classen haben eingerichtet werden müssen, ist dagegen selbst von tüchtigen und gewissenhaften Lehrern bei dem zweisprachigen Unterrichte nicht erreicht worden, daß die Kinder durchweg mit ausreichender Kenntniß der deutschen Sprache die Schule verlassen." Für die Provinz Posen fordert der Verfasser des interessanten Artikels: Man beseitige den polnischen Sprachunterricht auf der Unter- und Mittelstufe und führe den deutschen Religionsunterricht überall ein! Erst dann seien die Posener Lehrer im Stande, die ihnen gestellte Aufgabe, die polnischen Kinder mit der deutschen Sprache genügend vertraut zu machen, wirklich zu lösen.

* Die „Germania" kündigt in einer socialpolitischen Betrachtung an, daß, wie es auch Herr Windthorst auf der Düsseldorfer Katholikenversammlung bereits in Aussicht gestellt, alsbald nach Wiederzusammentritt des Reichstags der vielbesprochene Innungsantrag zur Gewerbeordnung (Verbot des Lehrlingshaltens für Nichtinnungsmeister) aufs Neue eingebracht werden würde. Nachdem der Antrag im gegenwärtigen Reichstage schon einmal abgelehnt und bei der Gewerbeordnungsnovelle von 1881 von einem für reactionaire Zwecke noch erheblich günstiger zusammengesetzten Reichstag verworfen worden, wird man der Entscheidung auch jetzt mit Gelassenheit entgegensehen können. Der Zweck, den Reichstag in jeder Session mit dieser Frage zu behelligen, kann nicht in der Hoffnung liegen, den Antrag durchzubringen, sondern nur in dem Wunsch, den zünftlerischen Handwerkern immer aufs Neue zum Bewußtsein zu bringen, wie das Centrum für ihre Interessen bemüht ist.

* Die „Nationalliberale Corresp." schreibt: „Die Frage der Stichwahlen wird heute auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einer Erörterung unterzogen, die zunächst nur in der Sammlung etlicher Preßstimmen mit Enthaltung des eigenen Urtheils besteht. Wir erwähnen den Artikel des Regierungsblattes nur wegen eines Satzes, der einem Mißverständniß entsprungen zu sein scheint